

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das badische Beamtengesetz mit Gehaltsordnung, Wohnungsgeld-, Reisekosten- und Etatgesetz sowie Vollzugs-Verordnungen

Baden

Karlsruhe i. B., 1909

Inhalts-Verzeichnis

[urn:nbn:de:bsz:31-318627](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-318627)

Inhalts-Verzeichnis

zur

1) landesherrlichen Verordnung, den Vollzug des Beamtengesetzes betreffend.

Zum Gesetz	A. Die Aufnahme in den staatlichen Dienst.	Seite
§ 1	I. Vertragsmäßiges Dienstverhältnis.	
§ 1	Aufnahme in das vertragsmäßige Dienstverhältnis und Ausschneiden daraus . . .	146
	II. Dienstverhältnis der nichtetatmäßigen Beamten.	
§ 2	Verleihung der Beamteneigenschaft auf Grund der Ablegung bestimmter Prüfungen oder auf Grund sonstiger Befähigungsnachweise . . .	147
§ 3	Verleihung der Beamteneigenschaft in sonstigen Fällen . . .	148
§ 4	Zuständigkeit zur Verleihung der Beamteneigenschaft . . .	149
§ 5	Die Probendienstzeit im allgemeinen . . .	149
§ 6	Besondere Bestimmungen über die Probendienstzeit . . .	151
§ 7	Eröffnung über die Verleihung der Beamteneigenschaft . . .	152
§ 8	Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis . . .	153
§ 9	Verleihung der Beamteneigenschaft bei der Wiederaufnahme aus dem staatlichen Dienst ausgeschiedener Beamten . . .	154
§§ 2 bis 6	III. Dienstverhältnis der etatmäßigen Beamten.	
§ 10	Voraussetzungen für die etatmäßige Anstellung im allgemeinen . . .	154
§ 11	Zuständigkeit zur etatmäßigen Anstellung . . .	156
§ 12	Bestimmung des dienstlichen Wohnsitzes der etatmäßigen Beamten . . .	157
§ 13	Eröffnung der etatmäßigen Anstellung . . .	158

Zum Gesetz

§ 14	Eintritt der Unwiderruflichkeit der Anstellung der etatmäßigen Beamten	158
§ 15	Berufung der Beamten	160
§ 16	Weiterführung des Titels nach dem Ausscheiden aus dem Dienste	161

IV. Dienstkautionen.

§ 17	161
------	-----------	-----

§ 8

V. Beeidigung und handgelübdliehe Verpflichtung der Beamten und der sonst in einem Dienstverhältnis zum Staate stehenden Personen.

1. Beeidigung der Beamten.

§ 18	Formel des Beamteneides	162
§ 19	Pflicht zur Ablegung des Beamteneides und Zeitpunkt der Ablegung	163
§ 20	Zuständigkeit zur Beeidigung	163
§ 21	Verfahren bei und nach der Beeidigung	164

2. Sonstige Verpflichtung für den staatlichen Dienst.

§ 22	Verpflichtung der im vertragsmäßigen Dienstverhältnis stehenden Personen für den staatlichen Dienst	165
------	---	-----

§ 9

B. Die Pflichten der Beamten.

I. Amtsgeheimnis.

§ 23	Herbeiführung der Entschließung über die Genehmigung zur Vernehmung als Zeuge	166
§ 24	Pflicht des Beamten zur Anzeige an die vorgesetzte Behörde	167
§ 25	Zuständigkeit zur Genehmigung und Untersagung der Vernehmung	167
§ 26	Verhalten des Beamten vor erteilter Genehmigung	167
§ 27	Anwendung auf zuruhegesetzte Beamte und vertragsmäßig verwendete Personen	168
§ 28	Ablieferung der Dienstpapiere beim Ausscheiden der Beamten aus dem Dienste	168

§ 10

II. Abgabe von Gutachten durch Beamte.

1. Abgabe außergerichtlicher Gutachten.		
§ 29	Verfahren und Zuständigkeit	168

Zum Gesetz		Seite
	2. Die Vernehmung von Beamten als Sachverständige durch Gerichte oder Staatsanwaltschaften.	
	§ 30 Verfahren und Zuständigkeit bei der Entschliehung über die Genehmigung zur Vernehmung als Sachverständiger . .	169
§ 11	III. Verehelichung der Beamten.	
	§ 31 Erstattung der Anzeige	170
	§ 32 Verfahren im Falle der Beanstandung .	171
	§ 33 Vorgängige Erlaubnis zur Verehelichung	171
§ 12	IV. Übernahme von Nebenämtern und Nebenbeschäftigungen durch Beamte.	
	1. Nebenämter und Nebenbeschäftigungen im staatlichen Dienste.	
	§ 34 Von amtswegen zu übernehmende Nebenämter und Nebenbeschäftigungen . . .	172
	2. Nebenämter und Nebenbeschäftigungen außerhalb des staatlichen Dienstes.	
	§ 35 Genehmigungspflichtige Nebenämter und Nebenbeschäftigungen	173
	§ 36 Verfahren und Zuständigkeit bei der Erteilung der Genehmigung zur Übernahme eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung	173
	§ 37 Anzeige von der Übernahme eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung, die einer vorgängigen Genehmigung nicht bedürfen	174
§ 13	V. Annahme von Auszeichnungen, Geschenken und dergleichen.	
	§ 38 Ehrengeschenke	175
	§ 39 Sonstige Geschenke und Belohnungen .	175
	§ 40 Verfahren und Zuständigkeit bei der Erwirkung der Genehmigung zur Annahme von Titeln und Ehrenzeichen	175
	§ 41 Verfahren und Zuständigkeit bei der Erwirkung der Genehmigung zur Annahme von Gehalten, Dienstzulagen, Belohnungen und Geschenken	176
	§ 42 Form der Genehmigung zur Annahme von Gehalten, Dienstzulagen, Belohnungen und Geschenken	176

VI. Entfernung vom Amte und Urlaub.

1. Vorübergehende Entfernung vom Amte ohne Urlaub.	
§ 43	Entfernung vom Amte auf kurze Zeit . . . 177
§ 44	Dienstverhinderung durch Krankheit . . . 177
§ 45	Abwesenheit im ehrenamtlichen Dienst und dergleichen 178
2. Erholungsurlaub.	
§ 46 179
3. Sonstiger Urlaub.	
§ 47 179
4. Erteilung des Urlaubs.	
§ 48	Verfahren bei der Urlaubseinholung . . . 180
§ 49	Jährliche Beurlaubung der Kassengebanten . . . 180
§ 50	Zuständigkeit zur Erteilung des Urlaubs . . . 181
§ 51	Zurücknahme des Urlaubs 182
5. Fürsorge für den Fortgang des Dienstes während der vorübergehenden Entfernung vom Amte.	
§ 52 183
6. Belassung und Einbehaltung des Dienst- einkommens während der vorübergehenden Entfernung vom Amte.	
§ 53	Voraussetzungen für die Belassung der Dienstbezüge im Falle der Dienstver- hinderung durch Krankheit 183
§ 54	Art der im Krankheitsfall zu belassenden Bezüge 185
§ 55	Belassung und Einbehaltung des Dienst- einkommens bei einer der Urlaubser- teilung nicht bedürftigen Entfernung vom Amte 185
§ 56	Belassung und Einbehaltung des Dienst- einkommens während des Urlaubs . . . 186
§ 57	Bezüge der vertragsmäßig verwendeten Personen während der vorübergehenden Entfernung vom Dienste 187
§ 58	Unerlaubte Entfernung vom Amte und ihre Folgen 188

VIII

Zum Gesetz		Seite
	C. Das Diensteinkommen der Beamten.	
§ 19	§ 59	Schmälerung des anschlagsmäßigen Dienst- einkommens 188
§ 23	§ 60	Einfluß der Versetzung auf das Wohnungs- geld 189
§ 25	§ 61	Dienstzulagen 189
§ 26	§ 62	Nebengehalt 189
§ 27	§ 63	Dienstwohnungen 190
	D. Versetzung in den Ruhestand.	
§ 29 Ziff. 2	§ 64	Voraussetzungen der Zurufsetzung . . . 191
§ 31	§ 65	Eröffnung der Zurufsetzung 191
§ 35	§ 66	Beginn der Wirksamkeit der Zurufsetzung . 192
§ 39	§ 67	Betrag des Ruhegehalts 192
§ 40 Abs. 1 Ziff. 5	§ 68	Anrechnung der Kolonialdienstzeit . . . 193
§ 46	§ 69	Anrechnung der im Arbeiterverhältnis usw. zugebrachten Dienstzeit 193
§ 47	§ 70	Unterstützungsgehalt 193
§ 50 u. 51	§ 71	Zeitpunkt der Einstellung der Dienstzulagen bei der Zurufsetzung 194
	§ 72	Erlöschen und Ruhen des Ruhegehalts . 194
	E. Hinterbliebenenversorgung.	
	I. Sterbegehalt.	
§ 55	§ 73	Sterbegehalt im allgemeinen 195
§ 56	§ 74	Bezugsberechtigte und bezugsbefähigte Hinterbliebene 197
§ 57	§ 75	Sterbegehalt der Hinterbliebenen nichtetat- mäßiger Beamten 197
§ 56 u. 57	§ 76	Höhe des ausnahmsweise bewilligten Sterbegehalts 198
	§ 77	Zuständigkeit zur ausnahmsweisen Be- willigung des Sterbegehalts 199
	II. Der Versorgungsgehalt.	
§ 61 u. 62	§ 78	Das gesetzliche Witwen- und Waisengeld . 199
§ 65	§ 79	Widerruflicher Versorgungsgehalt . . . 200
§ 67	§ 80	Ruhen des Versorgungsgehalts 201
§ 68	§ 81	Kürzung des Versorgungsgehalts 201
§ 70	§ 82	Beginn und Ende der Zahlung des Ver- sorgungsgehalts 201
§ 71	§ 83	Berechnung des Versorgungsgehalts . . 202

F. Sonstige Bestimmungen über die vermögensrechtlichen Dienstansprüche der Beamten und ihrer Hinterbliebenen sowie über die Verfolgung von Rechtsansprüchen des Staates gegen die Beamten.

I. Zahlung der Dienstbezüge.

§ 73	§ 84	Zahlung der Bezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen	202
------	------	--	-----

II. Verfolgung von Rechtsansprüchen des Staates gegen Beamte.

§ 76	§ 85	Haftpflicht der Beamten	203
	§ 86	Zuständigkeit zur Einleitung des Verwaltungsverfahrens	203
	§ 87	Zuständigkeit zur Erlassung und Zustellung des Feststellungsbeschlusses	203
	§ 88	Bestätigung und Berichtigung des Feststellungsbeschlusses	204
	§ 89	Vollstreckung eines Feststellungs- oder Berichtigungsbeschlusses	204
	§ 90	Antrag auf Zwangsvollstreckung	204
	§ 91	Kosten des Verwaltungsverfahrens	205

G. Die Dienstpolizei.

I. Verwaltungszwang gegen säumige Beamte.

§ 77	§ 92	Zuständigkeit zur Anwendung von Zwangsmitteln	205
------	------	---	-----

II. Zuständigkeit und Verfahren bei der Verhängung von Ordnungsstrafen.

§ 87	§ 93	Der Verweis als Ordnungsstrafe	206
	§ 94	Die Geldstrafe als Ordnungsstrafe	206
	§ 95	Die Beschwerde gegen Ordnungsstrafen	206

III. Disziplinarverfahren gegen behördlich angestellte etatmäßige Beamte.

§ 109	§ 96	Einleitung des Disziplinarverfahrens; Führung der Voruntersuchung	207
-------	------	---	-----

IV. Verfahren bei Versetzung und Entlassung von nicht unwiderruflich angestellten Beamten wegen dienstwidriger Handlungen.

	§ 97	208
--	------	-----------	-----

V. Herbeiführung der strafgerichtlichen Verfolgung eines Beamten.

	§ 98	209
--	------	-----------	-----

Zum Gesetz		Seite
	VI. Die vorläufige Amtsenthebung.	
§ 112	§ 99 Verfügung der vorläufigen Amtsenthebung	210
§ 113	§ 100 Einbehaltung der Dienstbezüge während der vorläufigen Amtsenthebung . . .	210
	VII. Dienstpolizei über die mehreren Geschäftsbereichen angehörnden Beamten.	
	§ 101 Allgemeine Bestimmungen	211
	§ 102 Sonderbestimmungen	211
	H. Schlußbestimmungen.	
	§ 103 Vorbehalt weiterer Vollzugsbestimmungen	212
	§ 104 Besondere Bestimmungen für einzelne Behörden	212
	§ 105 Zuständigkeit zu Entschliehungen hinsichtlich der vertragsmäßig verwendeten Personen	212
	§ 106 Inkrafttreten dieser Verordnung. Aufhebung früherer Bestimmungen . . .	213

2) landesherrlichen Verordnung, den Vollzug der Gehaltsordnung betreffend.

Zum Gesetz		Seite
	I. Allgemeine Bestimmungen.	
§ 1	§ 1 Dienststeinkommen der Beamten	216
§ 2	§ 2 Bewilligung der Dienstbezüge der etatmäßigen Beamten	217
	§ 3 Ausfertigung der Urkunden über den Einkommensanschlag	217
§ 3	§ 4 Dienststeinkommen der bisher nicht vollbeschäftigten Beamten	218
§ 4	§ 5 Weibliche Beamte	218
§ 6	§ 6 Ausnahmeweise Beförderung von Beamten auf höhere Stellen	218
§ 7	§ 7 Vollzugstarif	219
	II. Festsetzung der Gehalte.	
	A. Anfangsgehalt.	
§ 8	§ 8 Berücksichtigung früherer Dienstzeit bei der ersten etatmäßigen Anstellung . . .	219

Zum Gesetz		Seite
§ 9	§ 9	Ausnahmsweise Erhöhung des tarifmäßigen Mindestgehalts bei der ersten etatmäßigen Anstellung 219
§ 10	§ 10	Beginn des Anspruchs auf Dienst Einkommen 220
	§ 11	Anfangsgehalt bei der Wiederanstellung eines Beamten 221

B. Zulagen.

§ 11 Abs. 1	§ 12	Voraussetzung für die Verwilligung von Zulagen 222
§ 11 Abs. 2	§ 13	Höhe der Zulagen 223
	§ 14	Ausnahmen von der regelmäßigen Zulagenverwilligung 223
§ 13	§ 15	Lauf der Zulagefristen 223
	§ 16	Eröffnung der Verwilligung der ordentlichen Gehaltszulagen 225
§ 14	§ 17	Beförderungszulagen 225

C. Fester Gehalt.

§ 15	§ 18 226
------	------	---------------

D. Gehaltsklassen.

§ 16	§ 19	Vorrücken in höhere Gehaltsklassen 226
§ 17	§ 20	Verteilung der Beamten auf die verschiedenen Gehaltsklassen 227
§ 18	§ 21	Übertragbarkeit von Stellen innerhalb derselben Gehaltsklasse 229

E. Gehaltsfestsetzung bei Versetzung auf gleichartige oder geringere Amtsstellen.

§ 19	§ 22 230
------	------	---------------

III. Wohnungsgeld.

§ 20	§ 23 232
------	------	---------------

IV. Dienstzulagen.

§ 21	§ 24	Dienstzulagen auf Grund des Gehaltstariifs und des Staatsvoranschlags 232
§ 22	§ 25	Dienstzulagen für die Versetzung höherer Amtsstellen 234
§ 23	§ 26	Zurückziehung budgetmäßiger Dienstzulagen bei Zulageanfall 235

Zum Gesetz		Seite
	V. Wandelbare Bezüge.	
§ 24	§ 27 Arten der wandelbaren Bezüge; Zuständigkeit für die Festsetzung usw. der wandelbaren Bezüge	235
§ 25	§ 28 Ersatz für entgehende wandelbare Bezüge bei der Versetzung eines Beamten	237
§ 26	§ 29 Schadloshaltung für Ausfälle an wandelbaren Bezügen	237
	VI. Nebengehalte.	
§ 29	§ 30	238
	VII. Sonderbestimmungen für einzelne Arten von Beamten.	
§ 30	§ 31 Richterliche Beamte	238
§ 32	§ 22 Auftragsweise in einem andern öffentlichen Dienste verwendete Beamte	239
§ 34	§ 33 Mittelbare Staatsbeamte	239
§§ 35. 36	§ 34 Katastergeometer und Gerichtsvollzieher	240
	VIII. Übergangs- und Schlußbestimmungen.	
§ 40	§ 35 Wahrung erworbener Gehaltsansprüche	240
§ 42	§ 36 Beförderungszulagen während der Übergangszeit	240
§ 43	§ 37 Beamte, für die etatmäßige Amtsstellen nicht mehr vorgesehen sind	241
§ 44	§ 38 Regelung der Gehaltsverhältnisse der aus dem Volksschuldienst übernommenen Lehrer	241
§ 45	§ 39 Änderungen im Bezug von Wohnungsgeld	242
§ 46	§ 40 Wegfall bisheriger Dienstzulagen	242
§ 47	§ 41 Wegfall von bisherigen wandelbaren und Naturalbezügen als Bestandteilen des Einkommensanschlages	244
	§ 42 Zuständigkeit des Präsidenten der Oberrechnungskammer	244
	§ 43 Inkrafttreten der Verordnung	244